

Neue Schwerpunkte

Zahlreiche CDU/CSU-Initiativen für die Periode des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ausbaus

Nur noch neun Monate trennen uns von den nächsten Bundestagswahlen, für die sich die CDU/CSU das Ziel gesetzt hat, wieder eine starke, regierungsfähige Mehrheit zu erreichen. Die kurze Zeit der nun zu Ende gehenden vierten Legislaturperiode will die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nutzen, um noch auf sechs, für alle wichtigen Gebiete, Entscheidungen zu fällen und entsprechende Gesetzesvorlagen zu verabschieden. Diesem Zweck dient ein innenpolitisches Schwerpunktprogramm, das bereits in der Öffentlichkeit weitgehend Zustimmung gefunden hat.

Nach der nun abgeschlossenen Periode des Wiederaufbaus, die durch die Politik der CDU/CSU und durch die Mitarbeit des deutschen Volkes ermöglicht wurde, hat die Union für die gerade begonnene Zeit des sozialen Ausbaus und der kulturellen Gestaltung die Initiative auf sechs wichtigen Gebieten ergriffen.

● Allein für die Gesellschaftspolitik sind sieben Punkte aufgestellt, für deren zeitliche Behandlung bereits eine Prioritätsliste aufgestellt worden ist. Dabei handelt es sich

1. um den von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Gesetzentwurf über die Verbesserung des Kindergeldes und die Einführung einer Ausbildungsbeihilfe in Höhe von 40 DM, der zügig beraten und so schnell wie möglich verabschiedet werden soll.

2. Will die CDU/CSU-Fraktion erreichen, daß die von der Bundesregierung eingebrachte Vorlage zur Verbesserung des 312 DM-Gesetzes ebenfalls schnell Gesetzeskraft erlangt und daß die VEBA privatisiert wird.

3. Fordert die Fraktion ein Leistungsförderungsgesetz, das Berufstätige weiter in ihrem Fortkommen fördert.

4. Wünscht die Fraktion die Verabschiedung einer Härtennovelle zum Gesetz über die Rentenversicherung, wobei vor allem die künftige Höhe der Pflichtgrenze für die Angestelltenversicherung festgesetzt und Härten bei den Versicherungsbestimmungen beseitigt werden sollen.

5. Hält die Fraktion an den Beschlüssen in der Frage des Junktims zur arbeitsrechtlichen Lösung der Lohnfortzahlung und wesentlicher Bestandteile der Neuregelung der Krankenversicherung fest. Sie ist sich darüber klar, daß für die Lohnfortzahlung, jedoch nicht für die Selbst-

beteiligung in der Krankenversicherung, eine Mehrheit im Bundestag vorhanden sein wird.

6. Wünscht die Fraktion ein verbessertes Mutterschutzgesetz, über dessen Einzelheiten in Kürze der zuständige Arbeitskreis der Fraktion beraten wird.

7. Schließlich hält die Fraktion einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes für notwendig.

● Die Notstandsgesetze sollen zügig weiterberaten und möglichst rasch verabschiedet werden.

● In der Steuer- und Finanzgesetzgebung will die Fraktion dadurch aktiv werden, daß sie neue Gespräche mit dem Koalitionspartner über die Gesetzentwürfe für die Mehrwertsteuer und das Bewertungsgesetz plant.

● Auf wirtschaftlichem Gebiet ist u. a. die Verabschiedung der Aktienrechtsreform und der Kartellnovelle vorgesehen.

● Weitere Vorschläge der Fraktion betreffen Maßnahmen für die Bundespost und die Bundesbahn, die der Sanierung bzw. teilweiser Umstrukturierung bedürfen, und den öffentlichen Dienst.

● Schließlich tritt die Unionsfraktion dafür ein, daß ihre Gesetzentwürfe zur Verbesserung der Bestimmungen bei den Wohnbeihilfen und die Erhöhung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau bald Wirklichkeit werden. Weitere Vorschläge haben Hilfsmaßnahmen für die deutsche Landwirtschaft zum Ziel.

Fortsetzung Seite 2

Den alten Menschen helfen

Sie sollen beim Wohnungsbau besonders berücksichtigt werden

Der Geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Josef Hermann Dufhues, hat sich in einem Neujahrs-Aufruf an die alten Menschen in der Bundesrepublik gewandt und versprochen, ihnen einen Lebensabend in Würde und Behaglichkeit zu sichern.

In dem Neujahrs-Aufruf heißt es:

„Ein besonderes Wort des Grußes gilt zum Beginn des neuen Jahres den alten Menschen unseres Volkes. Gerade sie haben sich zu Weihnachten froher Stunden der Kindheit erinnert. Viele von ihnen, die allein die alten Tage ihres Lebens verbringen, werden in diesen festlichen Tagen aber mit Wehmut nach liebenden Menschen Ausschau gehalten haben.

Den Alten im Volke galt die Sorge der Bundesregierung und der Christlich Demokratischen Union von Anfang an. Wir wissen uns den Alten zu Dank verpflichtet, weil sie ihre Lebenskraft für uns verbrauchten, weil sie die Fundamente des

Wohlstandes legten, dessen wir uns heute erfreuen. Darüber hinaus haben sie Anspruch auf unsere Liebe wegen der schweren Jahre zweier Weltkriege, die sie in Sorge und Not durchlitten haben.

Als erste Aufgabe sahen wir die Überwindung der wirtschaftlichen Not. Durch die große Rentenreform, die Bundesarbeitsminister Storch einleitete, und auch durch das Sozialhilfegesetz ist es uns gelungen, die bitterste Not von den alten Menschen zu nehmen. Wir werden auch weiter bemüht sein, ihnen ein Alter ohne Not zu gewährleisten.

Nachdem diese erste Aufgabe dank der Weitsicht der Bundesregierung und des

Fortsetzung Seite 5

Neue Schwerpunkte

Fortsetzung von Seite 1

Diese innenpolitischen Aufgaben werden also die Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den nächsten Wochen und Monaten bestimmen. Aus ihrer Lösung wird das ganze Volk großen Nutzen ziehen, wie auch die Arbeit der Fraktion in den ersten drei Jahren der derzeitigen Legislaturperiode darauf ausgerichtet war, dem Gemeinwohl zu dienen. Die folgende Übersicht über die Arbeit der Fraktion macht deutlich, wie vielschichtig und umfassend die Probleme waren, die zu lösen waren. Diese Aufgabe ist nicht nur nach Auffassung der Fraktion gut gelöst worden.

Auf dem Gebiet Allgemeines und Rechtsfragen ragen das Gesetz über die Neueinteilung der Bundestagswahlkreise, die Änderung der Strafprozeßordnung, die die Untersuchungshaft, die Rechtstellung des Beschuldigten und seines Verteidigers sowie das Vor-, Zwischen- und Hauptverfahren neu regelt, und das zweite Gesetz zur Sicherung des Straßenverkehrs heraus, das Anfang Januar in Kraft getreten ist. Dieses Gesetz sieht bei Trunkenheit im Verkehr erheblich schärfere Strafen als bisher vor und hat auch ein kurzfristiges Fahrverbot für Kraftfahrer eingeführt, die zu Gefängnis- oder Geldstrafen verurteilt worden sind.

In diesen Komplex gehört auch ein Besoldungserhöhungsgesetz, das die Beamtenbezüge zwischen sieben und 16 Prozent ansteigen ließ und für eine gewisse Zeit eine gleich hohe Beamtenbesoldung in Bund und Ländern sichert. Ferner gehört dazu eine Novelle zum Bundesrückerstattungsgesetz, das den bisherigen Plafonds von 1,5 Milliarden DM zur Befriedigung noch offenstehender Wiedergutmachungsansprüche aufstockte.

Elf wichtige Bereiche wurden auf dem Gebiet der Wirtschaft und Ernährung angesprochen. Dazu gehört die Bildung eines Sachverständigenremiums zur

Die Gemeinschaftsaufgaben

Die Politik der CDU/CSU ist seit jeher darauf ausgerichtet gewesen, die Lösung der sogenannten Gemeinschaftsaufgaben zu ermöglichen. So gaben Bund, Länder und Gemeinden beispielsweise im vergangenen Jahr 29 Milliarden DM für das Sozialwesen aus — gegenüber 11 Milliarden DM im Jahre 1951. Für den Straßenbau wurden 1964 9,5 Milliarden gegenüber 1,2 Milliarden DM im Jahre 1951 aufgebracht. Ebenso stark stiegen die Ausgaben für das Bildungs- und Forschungswesen. Im vergangenen Jahr wurden 15,6 Milliarden DM für diesen Zweck aufgewendet, das sind 11,9 Milliarden DM mehr als 1951.

Überwachung der Stabilität von Währung und Wirtschaft ebenso wie die Verlängerung der Geltungsdauer des Sparprämiengesetzes, ein neues Berlin-Hilfegesetz und die ERP-Wirtschaftspläne, die hauptsächlich der mittelständischen Wirtschaft der Bundesrepublik und dem freien Teil

Berlins und der Entwicklungshilfe zugute kamen.

Dazu gehört aber auch die Förderung des Steinkohlenbergbaus — der deutsche Steinkohlenbergbau soll der geänderten Struktur des Energiebedarfs angepaßt werden — und des Straßenbaus. Hierbei hat die CDU/CSU insbesondere erreicht, daß dem Straßenbau bei der Förderung der Gemeinschaftsaufgaben der Vorrang gegeben wird. In diesem Jahr sollen 48 Prozent des Aufkommens aus der Mineralölsteuer zweckgebunden für den Straßenbau verwendet werden, ab 1966 50 Prozent.

Durch die verschiedenen „Grünen Pläne“ wurde nicht nur ein höheres Einkommen der in der Landwirtschaft Tätigen erreicht, sondern auch die Agrarstruktur überhaupt verbessert. Alte Landwirte erhalten künftig bei der Übergabe ihres Hofes ein höheres Altersgeld. Aus dem ERP-Sondervermögen kamen die Mittel für Investitionen kleiner und mittlerer Betriebe in Förderungsgebieten, für Kredithilfen zur Gründung von selbständigen Existenzen und zur Errichtung von Betrieben in neuen Wohnsiedlungen und neu geordneten Stadtkernen.

Einer Initiative von Bundeskanzler Prof. Erhard ist das Steuerverteilungsgesetz vom 9. Januar 1964 zu verdanken, das das Verteilungsverhältnis an der Einkommen- und Körperschaftssteuer zwischen Bund und Ländern auf vier Jahre regelt und dadurch dem Bund zum erstenmal eine langfristige Finanzplanung ermöglicht.

Einmalige soziale Leistungen

In vier Jahren sind die Renten um 30,2 Prozent erhöht worden, seit der Rentenreform aus dem Jahre 1957 sind die Sozialrenten damit um 57 Prozent gestiegen. Das ist eine in der Welt einmalige sozialpolitische Leistung. Die erfolgreiche Sozialpolitik der CDU/CSU dokumentiert auch die Neuregelung der Unfallversicherung, die Verbesserung der Kriegsoferversorgung und des Lastenausgleichs und das Bundesurlaubsgesetz, das den Mindesturlaub generell auf 15 Werktage und bei über 35 Jährigen auf 18 Werktage jährlich festlegt. Zum erstenmal in der Geschichte der deutschen Sozialpolitik wurde damit eine Regelung für das gesamte Bundesgebiet erreicht, die die bestehenden unterschiedlichen Ländergesetze ablöste.

In den Sektor Sozialpolitik gehören auch eine Untersuchung über die Situation der alten Menschen und die Sozial-Enquête, die die Bundesregierung in diesem Jahr vorlegen will. Sie dient als Grundlage für einen Sozialplan.

In der Außenpolitik war es der deutsch-französische Freundschaftsvertrag und das Abkommen über den Atomteststopp, die den Bundestag eingehend beschäftigten. Auf verteidigungspolitischem Gebiet brachten die letzten drei Jahre u. a. eine Erhöhung der Wehrdienstdauer von 12 auf 18 Monate und eine Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes.

Umfangreich — und damit schließen sich die bisherigen Leistungen nahtlos an

Die Union in Bund und Ländern kann dieses Gesetz als einen besonderen Erfolg für sich verbuchen.

1,1 Millionen weitere Bewohner der Bundesrepublik sind durch das Steueränderungsgesetz künftig von der Lohnsteuerzahlung befreit, deren Zahl sich damit auf fast 7 Millionen erhöht. Das neue Gesetz entlastet die Steuerzahler um

Immer mehr Sitzungen

Die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind in den ersten drei Jahren der gegenwärtigen Legislaturperiode durch mehr Sitzungen als in den ersten drei Jahren der dritten Legislaturperiode des Bundestages beansprucht worden. So fanden 134 Plenarsitzungen (1957 bis 1960: 123) statt. Auch die Zahl der Fraktionssitzungen nahm von 102 auf 110 zu, die Zahl der Fraktionsvorstandssitzungen stieg sogar von 102 auf 122. In dieser Zeit wurden 248 Gesetzentwürfe verabschiedet. Sie gliedern sich in 32 europäische und 73 sonstige Abkommen, 94 Regierungsvorlagen zur Innenpolitik und 49 Initiativgesetzentwürfe, von denen allein 15 von der CDU/CSU eingebracht wurden.

jährlich 3,2 Milliarden DM und führt erstmals im deutschen Steuerrecht für jeden Arbeitnehmer einen jährlichen Freibetrag von 240 DM ein.

die künftigen Aufgaben und ihren Vorrang an — war die Arbeit in der Gesellschaftspolitik. Als erstes Teilstück des „Sozialpakets“ wurde das Kindergeldrecht vereinheitlicht und verbessert. Durch die Übernahme des Kindergeldes für die dritten und weiteren Kinder durch den Bund wurde die Wirtschaft erheblich entlastet und zugleich deutlich gemacht, daß die Gewährung des Kindergeldes eine Aufgabe der Allgemeinheit ist. Inzwischen hat die CDU/CSU-Fraktion weitere Verbesserungsvorschläge gemacht. Ziel der Union ist es, zu erreichen, daß künftig mehr als bisher auch die Kinder finanziell schwacher Eltern höhere Schulen, Fachschulen und Universitäten besuchen können. Ein Gesetz über die Förderung eines freiwilligen sozialen Jahres soll dem Personalmangel in Krankenhäusern, Alters-, Erholungs- und Kinderheimen abhelfen.

Hilfe für die Handelsschifffahrt

Von den CDU-Bundestagsabgeordneten Blumenfeld, Gewandt, Dr. Müller-Hermann und Rasner ist in einem Schreiben an Bundeskanzler Prof. Dr. Erhard eine beschleunigte politische Grundsatzentscheidung hinsichtlich des Zweiten Gesetzes zum Wiederaufbau der deutschen Handelsschifffahrt gefordert worden. Die Abgeordneten sprechen sich gegen den Wunsch des Bundesfinanzministeriums aus, ein Programm mit Richtlinien von kurzfristiger Auswirkung durchzuführen.

Glückwünsche an Dr. Adenauer

Dank für seine Leistungen im Dienste des Volkes

Die Christlich Demokratische Union gab ihrem ersten Vorsitzenden am 5. Januar 1965 einen Geburtstagsempfang in der Bonner Beethovenhalle.

Als Gastgeber sprach der Geschäftsführende Vorsitzende der Partei, Staatsminister a. D. Josef Hermann Dufhues, folgende Begrüßungsworte:

„Ich fühle mich glücklich, die herzlichen Glückwünsche der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Ihnen, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, übermitteln zu dürfen. Und zwar die Glückwünsche des Präsidiums dieser Partei, der Landesvorsitzenden und aller Mitglieder und auch unserer Mitarbeiter. Wir wünschen Ihnen von Herzen, daß Ihnen Ihre Gesundheit, Ihre erstaunliche Schaffenskraft noch viele Jahre erhalten bleiben möge.“

Seit Ihrer Kanzlerschaft ist der Geburtstag zu etwas geworden wie ein großes Familienfest. Sie im Kreise Ihrer Kinder, Ihrer Enkel, Ihrer zahlreichen Familie und auf der anderen Seite der Gratulanten, die nicht nur aus Pflicht, sondern mehr aus Neigung gekommen sind, aus allen Schichten und Gruppen unseres Volkes, aus allen Landesteilen, auch aus dem europäischen und dem sonstigen Ausland. Ich meine, daß dieses Geburtstagsfest, hochverehrter Herr Bundeskanzler, dem öffentlichen Leben in Deutschland, das ja doch recht eintönig und ohne Farbe zuweilen dahinfließt, daß dies dem öffentlichen Leben ein wenig Farbe gegeben hat.

Ihnen gelten, gerade in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender unserer Partei unsere besten Wünsche, Ihnen gilt unser Dank.

Der Bundesparteitag der CDU hat Sie in Hannover auf weitere zwei Jahre nahezu einstimmig in Ihrem hohen Amte bestätigt. Sie haben damit eine schwere, eine wichtige Aufgabe übernommen.

Wenn wir an die Entwicklung befreundeter Parteien im Ausland denken, dann wird die ganze Schwere der Aufgabe und der Verantwortung, die Sie als Vorsitzender der Union Deutschlands tragen, sichtbar und deutlich. Daß es Ihnen gelingen möge, mit all Ihren Freunden diese Aufgabe zu lösen, ist unser aufrichtiger Wunsch.“

Im Anschluß an den Geschäftsführenden Vorsitzenden der Partei gratulierte der Bundeskanzler Prof. Dr. Erhard seinem Vorgänger mit herzlichen Worten. Er erinnerte ebenso wie nach ihm der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Rainer Barzel und auch der Vorsitzende der CSU Bundesminister a. D. Franz Josef Strauß an die Leistungen, die Dr. Adenauer in der Zeit seiner Regierung für die Partei und für das ganze deutsche Volk erreicht hat. Die drei bedeutenden Gratulanten versprachen ebenso wie die nach ihnen kommenden Sprecher der Koalitionsparteien, daß sie alles daransetzen werden, um der CDU/CSU auch im nächsten Bundestag zu einer regierungsfähigen Mehrheit zu verhelfen.

Das schönste Geschenk, das man Dr. Adenauer als erstem Vorsitzenden der CDU machen konnte, war aber das Versprechen, das Josef Hermann Dufhues abgab: Wir werden alles daransetzen, daß zu Ihrem 90. Geburtstag ebenfalls ein Vertreter Ihrer Partei als Regierungschef die herzlichsten Glückwünsche aussprechen kann.

Nach den Vertretern der Parteien von CDU und CSU kamen mit gleicher Herzlichkeit Repräsentanten der Jungen Union Deutschlands sowie der anderen Vereinigungen der CDU/CSU zu Wort. Ihnen allen war der Dank gemeinsam, den sie Dr. Adenauer für seine Leistungen im Dienste unserer Demokratie aussprachen.

In eine gute Zukunft

Schwerpunkte der Landespolitik in Nordrhein-Westfalen

„Nordrhein-Westfalen wird eine gewaltige Großbaustelle sein, auf der unter Anspannung aller Kräfte daran gearbeitet werden wird, diesem Land den Weg in eine gute Zukunft zu bahnen“ versicherte Ministerpräsident Dr. Meyers in einer Vorschau auf die wichtigsten landespolitischen Maßnahmen im gerade begonnenen Jahr.

Als wichtigste Aufgabe der Landesregierung bezeichnete Dr. Meyers die weitere Verbesserung der Landesstruktur. „Ziel dieser Arbeit muß es sein“, erklärte er, „unser Land auf lange Sicht zu einem Wirtschaftsraum zu entwickeln, der eine stabile wirtschaftliche Ordnung besitzt und allen Bürgern, nicht nur heute, sondern auch in Zukunft Arbeit und Brot, Wohlstand und soziale Sicherheit gibt.“

In diesem Zusammenhang erwähnte der Ministerpräsident u. a. besondere Maßnahmen, die das rheinisch-westfälische Industriegebiet verkehrsmäßig besser erschließen werden, um der Bevölkerung die Arbeits- und Lebensmöglichkeiten attraktiver zu gestalten.

Besonders große Aufgaben hat sich die Landesregierung beim weiteren Ausbau

des Bildungswesens gestellt. Nachdem es gelungen ist, die Zahl der angehenden Lehrer beträchtlich zu erhöhen, werden in diesem Jahr die Universitäten und Hochschulen des Landes eine verstärkte Förderung erfahren.

Kultusminister Prof. Dr. Mikat erklärte dazu ergänzend, daß er Vorschläge zum Ausbau der weiterführenden Schulen, insbesondere in ländlichen Bereichen und zum Ausbau der Erwachsenenbildung der Öffentlichkeit im nächsten Jahre vorlegen wolle. „Daneben müssen aber auch neue Maßnahmen zur Förderung der Begabten aller Schichten und Altersgruppen eingeleitet werden. Im Haushalt des kommenden Jahres sind zum ersten Mal Planungskosten für die Errichtung einer weiteren Universität im ostwestfälischen Raum angesetzt.“

Auf ein Wort

Liebe Freunde,

das neue Jahr hat mit Unruhe begonnen. Es war eine Unruhe, die uns besonders anging: Pressevertreter wollten aus einem Informationsgespräch mit dem amerikanischen Außenminister herausgehört haben, die Vereinigten Staaten verlangten für einen neuen Schritt in der Deutschlandfrage eine Reihe von Vorleistungen, die von der Bundesrepublik vor der Wiedervereinigung auf gar keinen Fall erbracht, ja nicht einmal diskutiert werden können.

Unsere politischen Gegner, ohnehin auf gesamtdeutschem Gebiet kleinmütig und vage, begannen sofort, dies amerikanische Informationsgespräch aufzubauschen und den Zusammenbruch unserer Deutschlandpolitik daraus zu konstruieren. Um das Maß vollzumachen, besorgten sie sich von dem Sekretariat der Leipziger Messe einige Zahlen und wollten damit eine ungeheure Steigerung der Handelsbeziehungen zwischen der Sowjetzone und Frankreich beweisen.

Beide Meldungen, die Unruhe stiften sollten, haben sich als grobe Übertreibungen erwiesen. Der Präsident der Vereinigten Staaten hat in seiner Botschaft an die Nation ausdrücklicher als in früheren Jahren auf die deutsche Selbstbestimmung und die Wiedervereinigung hingewiesen, und der amerikanische Botschafter in Bonn hat Bundeskanzler Prof. Erhard versichert, die amerikanische Haltung zur Frage der notwendigen Wiedervereinigung unseres Vaterlandes habe sich nicht geändert.

Die andere Meldung wurde sehr klar und einfach dadurch widerlegt, daß vom Wirtschaftsministerium die Ein- und Ausfuhrziffern der europäischen wesentlichen Länder und der Sowjetzone veröffentlicht wurden. Frankreich gehört danach zu den Ländern, die nur einen geringen Handelsverkehr mit der Sowjetzone aufweisen.

Ich finde es nicht verwunderlich, daß die SPD als Oppositionspartei der Regierung am Zeuge zu flicken sucht, wo immer dies ihr möglich erscheint. Das ist nun einmal die Aufgabe der Opposition, und es wäre besser, wenn unsere Opposition, die SPD, dies Geschäft besser verstünde.

Es ist aber, gelinde ausgedrückt, wenig schön, wenn die SPD ihre Nörgelei und Mäkelei auf einem Gebiete übt, das dabei zu allerletzt geeignet ist: auf dem Gebiete der Deutschlandpolitik und der Wiedervereinigung. Es solle, so meine ich, für uns alle klar sein, daß ein Rückschlag in dieser Frage für unsere ganze Nation ein Rückschlag ist, und es sollte auch der SPD selbstverständlich sein, daß Fortschritte in dieser Frage von uns allen begrüßt werden. Die Miesmacherei der SPD, an die wir uns gewöhnt haben, sollte wenigstens dort haltmachen, wo es um das Grundproblem aller Politik geht, die in der Bundesrepublik gemacht werden kann: um die deutsche Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit.

Ihr Konrad Kraske

Es kriselt wieder um Brandt

Veränderungen in der Senatsspitze bleiben geheim

Auch ein ausdrückliches Dementi Brandts kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die schleichende Regierungskrise im Westberliner Senat wieder in ein akutes Stadium getreten ist, nachdem die Rücktrittsabsichten Wirtschaftssenators Prof. Schiller bekannt geworden sind.

Obwohl die Berliner SPD bei den letzten Wahlen eine stabile Mehrheit im Abgeordnetenhaus erhielt, sind die Verhältnisse in der Berliner Senatsregierung undurchsichtiger denn je. Querelen mit dem FDP-Juniorpartner, Spannungen in der SPD-Organisation, der schlechte Regierungsstil und nicht zuletzt die häufige Abwesenheit des Regierenden Bürgermeisters Brandt hatten zur Folge, daß die Berliner Führungsspitze der immer stärker werdenden Unzufriedenheit der Bevölkerung ausgesetzt ist. Auch der Weggang des Kultursenators Arndt hat wegen der vielen Gerüchte und Dementis und widersprüchlichen Erklärungen das Ansehen Brandts und seiner Berliner Mannschaft stark erschüttert.

Dieses Hin und Her scheint sich jetzt im Zusammenhang mit den Rücktrittsabsichten des Wirtschaftssenators Schiller zu wiederholen. Zwar steht fest, daß Schiller als Mitglied des SPD-Schattenkabinetts aus dem Berliner Senat ausscheiden wird und es allerhöchste Zeit ist, sich nach einem Nachfolger umzusehen. Die SPD und Brandt versuchen jedoch, die damit zusammenhängenden Fragen auf die lange Bank zu schieben und totzuschweigen, um sich jeder kritischen Diskussion zu entziehen.

Noch am 18. Dezember war Brandt bei der Etatdebatte über die weiteren Pläne des Wirtschaftssenators befragt worden. Diesen berechtigten Anspruch der Opposition und der Öffentlichkeit auf wahr-

heitsgetreue Information über die Besetzung eines wichtigen Berliner Regierungsamtes wurde von Brandt ausweichend und unzulänglich beantwortet. Stattdessen erteilte Brandt eine nicht erwünschte Rechtsbelehrung, indem er mitteilte, daß jeder Senator zurücktreten könne, wann er wolle und die Nachfolgefrage nach der Verfassung geregelt werde.

Die danach in Berlin inoffiziell publik gewordene Kündigung Schillers zum 31. März wurde von einem Sprecher des Senats dementiert. Auch Schiller selbst hat diesen Termin als unwahr bezeichnet,

In Berlin ist es Notwehr

Eine „nicht vertretbare Einschränkung“ des Informationsrechts

Für Berliner Fotoreporter sind schwere Zeiten angebrochen. Die Berliner Justiz hat es nämlich abgelehnt, gegen Polizeibeamte vorzugehen, die einen Bildjournalisten mit Gewalt an der Ausübung seiner Tätigkeit hinderten und ihn dabei verletzten.

Wie „Union in Deutschland“ berichtete, hatte die Westberliner Polizei bei der Durchsuchung des Brandt-feindlichen Echo-Verlags einen Photoreporter geschlagen und ihn daran gehindert, den Großinsatz von 50 Polizisten zu fotografieren.

Dieses Vorgehen, das sogar den Bundestag beschäftigte, ist nun von der Berliner Justiz als Notwehr bezeichnet worden.

Die Journalistenverbände in Berlin, die befürchten, daß dieses Beispiel Schule machen könnte, haben in verschiedenen Stellungnahmen ihr Befremden über die Einstellung des Ermittlungsverfahrens ausgesprochen. Der Presseverband Berlin hat erklärt:

„Die in der Begründung zum Ausdruck kommende Auffassung wird nachdrücklich zurückgewiesen. Sie bedeutet eine nicht vertretbare Einschränkung des Rechts der Öffentlichkeit auf Information. Dieses durch das Grundgesetz und die Berliner Verfassung garantierte Grundrecht darf nach Auffassung des Presseverbandes Berlin nicht durch formaljuristische Konstruktionen außer Kraft gesetzt werden. Die Begründung der Einstellung des Ermittlungsverfahrens steht auch im Widerspruch zum Verhalten des bei der Durchsuchungs- und Beschlagnahme-Aktion anwesenden Staatsanwalts sowie zu dem Bedauern, das der Senator für Sicherheit und Ordnung als oberste Dienstbehörde der Berliner Polizei und der Polizeipräsident dem Bildjournalisten in Gegenwart eines Vorstandsmitglieds des Presseverbandes Berlin unmittelbar nach dem Vorfall ausgesprochen hatten.“

Auch die Journalisten-Union im DGB hat in einer Entschließung den Senat gebeten, unter Berücksichtigung seiner Weisungsbefugnis gegenüber dem Staatsanwalt noch einmal seine Haltung zu überprüfen.

In der Entschließung heißt es u. a.: „Die Gewaltanwendung gegen den Journalisten und in noch stärkerem Maße der Einstellungsbeschluß der Berliner Staatsanwaltschaft sind geeignet, das Vertrauen der Öffentlichkeit in die durch das Grundgesetz gewährte Pressefreiheit zu beeinträchtigen.“

„Bubis“ Konkurrenz

Noch 'ne extrem rechtsgerichtete Splitterpartei auf Bundesebene

Die im November gegründete extrem rechtsgerichtete „Nationaldemokratische Partei“, die inzwischen ihre Mitgliederwerbung durch Anzeigen in der umstrittenen „Deutschen National-Zeitung und Soldaten-Zeitung“ betreibt, hat in aller Stille Konkurrenz bekommen.

Wie erst jetzt bekannt wurde, ist Mitte Dezember in Düsseldorf die „Arbeitsgemeinschaft Nationale Politik“ (ANP) auf Bundesebene gegründet worden. Über entsprechende Bestrebungen auf Landesebene hatte „Union in Deutschland“ u. a. in seinen Ausgaben 4, 5 und 11/64 berichtet.

Damit hat sich jetzt eine zweite Gruppe politischer Rechtsextremisten das Ziel gesetzt, eine Einheitsfront der Rechten in der Bundesrepublik zu schaffen. Das bedeutet aber nichts anderes, als daß sich die Rechtsgruppen, die sich bisher schon fleißig befähigt haben, weiter bekämpfen — nur unter anderem Namen. Der Traum rechtsgerichteter Kreise, zur Einheit zusammenzufinden und dadurch die 5-Prozent-Klausel bei der Bundestagswahl überwinden zu können, dürfte nun nicht in Erfüllung gehen.

Denn während die NDP sich weitgehend auf Mitglieder der „Deutschen Reichspartei“ stützt — sie ist auch Zufluchtstätte für den DRP-Bundesvorsitzenden „Bubi“ von Thadden geworden — rekrutiert sich die Spitze der ANP vorwiegend aus Funktionären der von der DRP abgespaltenen „Deutschen Freiheits-Partei“. So machen u. a. der nordrhein-westfälische DFP-Vorsitzende Demolsky (Wanne-Eickel) und der rheinland-pfälzische DFP-Gründer Schikora (Bacherach) mit.

Die Grundsatzklärung der neuen Rechtspartei enthält zwar „ein Bekenntnis zur Nation und zur demokratischen Staatsform“, sagt jedoch sonst wenig aus. Im übrigen scheint die ANP selbst nicht so recht an ihren Erfolg zu glauben. Im Gegensatz zur NDP denkt sie nämlich nicht daran, an den Bundestagswahlen 1965 teilzunehmen. Ihr scheint hauptsächlich daran gelegen zu sein, die „Nationaldemokratische Partei“ zu schwächen.

Kein politischer Fall

Hintergründe einer verantwortungslosen Kampagne

Seit einigen Monaten ist eine ebenso nachdrücklich wie gehässig geführte Kampagne der Linkspresse gegen den Erzbischöflichen Stuhl in München und die CSU im Gange.

Bei diesen fragwürdigen publizistischen Attacken steht der „Fall“ Dr. Heinz Kornetzki im Vordergrund. Dr. Kornetzki war Leiter der Bayerischen Landesredaktion der Katholischen Nachrichten Agentur (KNA); er war Anfang Juli 1964 beurlaubt worden, am 31. Juli 1964 wurde ihm aus wichtigem Grund fristgerecht gekündigt. Dr. Kornetzki Tätigkeit, insbesondere seine einseitige Nachrichtenpolitik, hatte schon lange Zeit zu Kritik und berechtigten Beschwerden von verschiedener Seite geführt. Letzter Anstoß zu seiner Entlassung war eine unqualifizierte Beschwerde Kornetzki über den Presseferent des Erzbischöflichen Ordinariats München, Domkapitular Maier, bei Kardinal Döpfner, die der Kardinal entschieden zurückgewiesen und mit der Aufforderung zu sorgfältigerer, sachgerechterer und objektiverer Arbeit beantwortet hatte. Dr. Kornetzki hatte mit allen Mitteln versucht seinen Vorgesetzten in pflichtwidriger Weise den Inhalt dieses Briefes zu verheimlichen.

Nach der erfolgten Kündigung durch die Geschäftsführung der KNA entfernte Dr. Kornetzki unter Bruch seiner vertraglichen Verpflichtungen mehrere vertrauliche Unterlagen aus den Diensträumen der Münchener KNA-Redaktion und stellte sie im Rahmen einer privaten

Racheaktion einer Reihe von Zeitungen zur Verfügung. Diese Vorgänge werden in Kürze ihre gerichtliche Klärung finden.

Gewisse Publikationen nutzten die Privatrache Kornetzki zur „Beweisführung“ für ihre Thesen aus und versuchten, aus der sachlich begründeten und rechtlich einwandfreien Kündigung Kornetzki einen politischen „Fall“ zu konstruieren. Dabei wurde die Haltung Kardinal Döpfners in ein völlig falsches Licht gerückt. Domkapitular Maier und KNA-Chefredakteur Dr. Kraemer, deren Verhalten in jeder Phase der Angelegenheit korrekt und pflichtbewußt war, wurden verleumdet und in ihrem Ansehen herabgesetzt.

Die Angelegenheit ist ein neuer bestürzlicher Beweis dafür, daß gewisse Presseorgane bei der Verfolgung ihrer politischen Ziele nicht vor Diffamierung, Verleumdung, Lügen und verantwortungslos einseitiger Verfälschung der Tatsachen zurückschrecken. Die gegebenen,

keinerlei Schwierigkeiten begehenden Möglichkeiten zur Wahrheitsfindung und zu objektiver Darstellung wurden von bestimmten Zeitungen in leichtfertiger und die journalistische Sorgfaltspflicht verletzender Weise nicht genutzt.

Mit solchen Angriffen soll versucht werden, den Anschein zu erwecken, daß die katholische Kirche sich bereiterklärt habe, der CSU bei den nächsten Bundestagswahlen Wahlhilfe zuzusichern und als ersten Schritt dazu, einen unbequemen Nonkonformierten unter fadenscheiniger Begründung davongejagt habe.

Minister Franken ausgezeichnet

Anläßlich der Vollendung seines 65. Lebensjahres am 3. Januar 1965 ist der Minister für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten, Joseph Paul Franken, vom Bundespräsidenten auf Vorschlag von Ministerpräsident Dr. Meyers mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Bei Überreichung dieser hohen Auszeichnung würdigte Ministerpräsident Dr. Meyers die großen Verdienste, die sich Minister Franken in jahrzehntelangem Wirken an verantwortlicher Stelle des öffentlichen Lebens erworben hat.

Den alten Menschen helfen

Fortsetzung von Seite 1

Bundestages zum guten Teil gelöst worden ist, fühlen wir uns jetzt verpflichtet, der alten Generation ein Leben in Würde und Behaglichkeit zu sichern. Sie haben viele Jahre nur das Notwendigste des Lebens gekannt. Viele Freuden sind ihnen nicht zuteil geworden. Im Alter soll ihnen jetzt ein wenig Ersatz dafür geleistet werden. Aufgrund der reichen Erfahrungen, die wir sammeln konnten, plant die CDU/CSU für die kommende Zeit eine besondere Berücksichtigung der Alten beim Wohnungsbau und in der Krankenversorgung. Wir sind bemüht, den alten Menschen die Möglichkeit zu geben, auch einmal Ferien zu machen. Wir werden ihnen in Altenheimen gepflegte Räume zur Verfügung stellen, in denen sie gemütlich beisammen sein können. Es geht darum, ihnen die Jahre des Altseins mit guten Erlebnissen zu füllen.

Wir benutzen diese Gelegenheit, um allen zu danken, die sich aus christlicher Verantwortung und aus menschlicher Verbundenheit um die Alten mühten. Die Alten sollen mehr und mehr spüren, daß sie nicht abseits stehen.

Wir bitten aber auch die Alten selbst, uns Wünsche und Planungen über den Beitrag der Bundesregierung zur Lösung der Altenfrage zuzusenden. Wir sind jederzeit bereit, mit den Alten über die Fragen der Alten zu sprechen. Es geht uns darum, ihnen einen ruhigen und gesicherten Lebensabend zu sichern.“

Fernsehen und Hörfunk

10 000 000

Das Jahr 1964 verabschiedete sich mit einem eindrucksvollen Geschenk bei all denen, die in der Bundesrepublik Fernsehen machen: Gerade rechtzeitig zum Jahresende sorgte eine Berliner für, daß die Zahl der Fernsehteilnehmer nunmehr achtstellig wurde. Welch ein Zufall, daß sie ausgerechnet den Namen des Gründers des deutschen Postwesens trug.

Es ist nun eine ganz beachtliche Gemeinde, die diesem Massenmedium zur Verfügung steht. Rechnet man, daß auf jedes Fernsehgerät im Durchschnitt etwa 2,2 Zuschauer kommen, und bedenkt man, daß auch viele Bewohner Mitteldeutschlands zumindest das ARD-Programm empfangen können, so kommt man auf eine Zahl von etwa 30 Millionen, die sich hierzulande vom Fernsehen unterhalten und informieren, bilden, langweilen und natürlich auch politisch beeinflussen lassen. Und daß das Fernsehen und der Hörfunk als wichtige Massenmedien auch politischen Einfluß ausüben, wird von niemandem bestritten. Der Jahreswechsel bot eine hervorragende Gelegenheit, sich in dieser Hinsicht Gedanken zu machen und Vergleiche anzustellen. Es ist ein guter Brauch, daß alle Rundfunk- und Fernsehanstalten in den letzten Tagen des alten Jahres rückblickend die politischen und sonstigen Ereignisse zusammenfassen und oft auch kommentieren. Man kann ja wohl davon ausgehen, daß die Gestaltung des Jahresrückblicks einem für den betreffenden Sender einigermaßen repräsentativen Mann anvertraut wird. Und hier Vergleiche anzustellen, ist wie gesagt eine interessante Sache.

Am besten gefiel in diesem Jahr die Chronik mit Thilo Koch, die im ARD-Gemeinschaftsprogramm ausgestrahlt wurde. Die Frage sei allerdings gestattet, ob die Qualität der Sendung mehr dem Aushängeschild Thilo Koch oder mehr den bewährten Händen Hans-Joachim Reiches zuzuschreiben ist. Auch die zwölf Monate Zeitgeschehen, die von Wolf Dietrichs Mannen unter dem Titel „Chronik 64“ für das Zweite Deutsche Fernsehen beobachtet und zusammengestellt worden war, wußte zu gefallen.

Unverständlich war dagegen, daß der WDR ausgerechnet sein „enfant terrible“ Peter Bender mit der Gestaltung eines politischen Rückblicks betraute. Bender hatte eigentlich auch schon vorher seinem Haus genügend Ärger und Verdruß bereitet. Da 1965 für ihn ein Jahr sein wird, das er weitgehend im Ausland verbringen wird, widmete er sich seiner neuen Aufgabe ohne alle Hemmungen. Er verschob alle Relationen und sprach zwei Drittel der Sendezeit von seinen subjektiven Eindrücken in China. In der restlichen Viertelstunde blieb ihm Zeit für eine recht massive Kritik an der Bundesregierung. Auch sprach er laufend von der „DDR“, obgleich sein Intendant noch im vergangenen Jahr diese Bezeichnung Mitteldeutschlands in seinem Sender ausgemerzt zu haben glaubte.

Aber genug der Kritik an der Kritik. Wir stehen vor einem Wahljahr, das erfahrungsgemäß besonders häufig Anlaß zu Kritik an einseitigen Sendungen bietet. Der Chronist will sich daher zurückhalten und mit viel good will in das neue Jahr gehen.

ohg.

Seltsame „Sorge“

SPD schafft Unruhe um die Bundesbahn

Im Oktober und noch einmal kurz vor Jahresende stand die Bundesbahn im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Marktschreierisch verkündete die SPD ihre „Sorge“ um eine ausreichende Verkehrsbedienung und um angeblich gefährdete Arbeitsplätze im größten bundeseigenen Unternehmen.

Ausgangspunkt war ein inoffizielles, bis dahin vertrauliches Gutachten des Bundesbahnvorstandes über Rationalisierungsmöglichkeiten. Es bedurfte nur einiger klarer Worte der Bundesregierung, und das ganze durchsichtige Manöver verschwand so schnell von der Bildfläche wie es weniger kunstvoll denn künstlich aufgetischt worden war.

Niemand bestreitet, daß die wirtschaftliche Lage der Bundesbahn geprüft werden muß. Die SPD hat bei ihrem Oktober- und Dezember-Geschrei geflissentlich übersehen, daß die Bundesregierung in den vergangenen Jahren bereits in Zusammenarbeit mit dem Bundestag und der Bundesbahn an deren wirtschaftlicher Konsolidierung gearbeitet hat. Daß diese Aufgabe auf Grund der Kriegsfolgelasten und der schnellen technischen Entwicklung nicht das Werk eines kurzen Zeitraumes sein kann, das müßte auch die SPD begreifen können.

Hätten die SPD und die ihr anverwandten „Mitsstreiter“ ein wenig gutwilliger die Erklärungen und Veröffentlichungen der Bundesregierung zur Lage der Bundesbahn zur Kenntnis genommen, müßten sie wissen, daß der Bund in den vergangenen zwölf Jahren insgesamt 11,6 Milliarden DM für die Bundesbahn aufgebracht hat.

Daß die Bundesbahn Anfang des Jahres 1964 den Auftrag erhielt, von sich aus Vorschläge für eine durchgreifende Rationalisierung des Bahnbetriebes zu unterbreiten mit dem Ziel, auch von dieser Seite her zu einer ausgewogenen Wirt-

schaftsführung zu kommen, ist nur die Konsequenz der von der Bundesregierung in den letzten Jahren verfolgten Verkehrspolitik. Ausdrücklich war in diesem sogar vom Bundestag erteilten Auftrag die Bedingung gestellt, daß keine Tarifierhöhungen vorgeschlagen werden und keine weiteren Forderungen an den Haushaltsplan 1965 zu stellen sind.

Der vom Bundesbahnvorstand am 1. September dem Bundesverkehrsmini-

„Eine Art von Narrenfreiheit“

Kritik an Martin Niemöller

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Müller-Hermann hat den jüngsten Aufruf Niemöllers zur demokratischen Obstruktion als einen unwürdigen Akt reiner Negation verurteilt und die Bürger aufgerufen, aus christlicher Verantwortung in den staatstragenden Parteien mitzuarbeiten.

In einer Stellungnahme zu den neuesten Vorschlägen Niemöllers erklärt Dr. Müller-Hermann:

„Der ehemalige hessische Kirchenpräsident Martin Niemöller ist für die Naivität und Verworrenheit seiner politischen Vorstellungen bekannt, er genießt eine Art von Narrenfreiheit. Seine Vorwürfe an die Adresse der im Bundestag vertretenen Parteien, sie unterwanderten durch ihre Monopolstellung die Demokratie, und seine Konsequenz, die Wähler könnten die Parteien bei den bevorstehenden Bundestagswahlen boykottieren, zeugen nicht von der politischen Nüchternheit

und Klarheit im Denken und Handeln, zu der zu gleicher Zeit Landesbischof D. Hanns Lilje aufgefordert hat. Sie zeugen auch nicht von staatspolitischem Verantwortungsbewußtsein.

Wie jedem freien Staatsbürger steht auch Martin Niemöller das Recht zur Kritik zu, und gewiß wäre für die bestehenden Parteien nichts gefährlicher als eitle Selbstgefälligkeit. So läßt sich sehr wohl darüber reden, wie unsere parlamentarische Demokratie wieder mehr ein Bild intensiver Diskussion bieten könnte oder ob unsere offizielle Opposition ihrer Aufgabe tatsächlich gerecht wird. Um diese Dinge geht es aber Niemöller offensichtlich gar nicht so sehr. Hinter seiner Kritik, die sich in erster Linie gegen die außenpolitische Linie der Parteien und ganz besonders gegen jede Art von Notstandsgesetzgebung richtet, steckt im Grunde die alte These, daß die Bundesrepublik gegenüber dem Osten eine nur aus Nachgiebigkeit bestehende Politik betreiben müsse, — um einem — dann allerdings sehr zweifelhaften — Frieden zu dienen.

Der Bürger der Bundesrepublik hat alle Freiheit, seinem politischen Willen Ausdruck zu geben. Die Tatsache etwa, daß die DFU bei weitem nicht die 5%-Hürde nehmen konnte, mag Martin Niemöller bekümmern, sie beweist aber nur, daß die Bürger der Bundesrepublik für diesen Kurs kein Interesse aufbringen, Die Konzentration auf wenige staatstragende Parteien ist zugleich ein Ausdruck politischer Reife und entspricht nur der Entwicklung in anderen großen Demokratien.

Vor allem aber muß sich Niemöller den Vorwurf gefallen lassen, im freien Westen über die Diktatur der Parteien zu klagen, aber anscheinend blind zu sein für die Diktatur der SED in Mitteleuropa, wo die Menschen seit 1945 bei Ausschaltung aller persönlichen Freiheiten unter einer permanenten Notstandsgesetzgebung à la Pankow leben müssen.“

„Etat auf Krücken“

Haushalte in Bremen und Hamburg ohne Stimmen der CDU verabschiedet

„Dieser Etat steht auf Krücken, wichtige politische Aufgaben kommen zu kurz“. Mit diesem Argument begründete der Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Bremen, Dr. Jules Eberhard Noltenius, in der Bürgerschaft die Ablehnung des Haushalts 1965 durch die CDU.

Mit einer ähnlichen Erklärung hat sich auch die CDU-Fraktion der hamburgischen Bürgerschaft gegen den Etat dieses Stadtstaates gewandt. Fraktionsvorsitzender Dr. Wilhelm Witten betonte: „Wir haben uns mit einem Haushalt beschäftigt, von dem wir zumindest bei der Einnahmenseite wußten, daß er schon gar nicht mehr stimmt“. Beide Haushalte wurden mit den Stimmen der SPD/FDP-Senatskoalitionen gegen die Stimmen der CDU verabschiedet.

Dr. Noltenius bemängelt in seiner Schlußansprache, daß den Haushaltsdebatten die Spannung einer echten parlamentarischen Auseinandersetzung gefehlt habe, weil nach der Verfassung die Pläne bereits in den Deputationen weitgehend festgelegt worden seien.

Zum Etat selbst bemerkte der frühere Bürgermeister der Hansestadt, der Besoldungsaufwand steige schneller als die

Steuereinnahmen. Außerdem werde die Beweglichkeit des ordentlichen Haushalts durch eine zunehmende Verschuldung Bremens eingeschränkt.

Schon jetzt lasse der Etat die Notwendigkeit späterer Nachbewilligungen erkennen. Aus diesem Grunde müsse die CDU-Fraktion, die die Schwächen des Haushalts bloßgelegt habe, gegen diesen stimmen.

Unerfindlich bleibt, woher der Sprecher der SPD-Fraktion, Götze, ein Gewerkschaftsfreund des Fraktionsvorsitzenden Boljahn, den Mut zu der Behauptung nahm, Bremen sei „kein armes Land“ geworden. Dabei pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß die SPD durch ihre aufwendig und unverantwortliche Baupolitik der Stadt große Schulden aufgebürdet hat. Der Bau der Stadthalle und des Parlamentsgebäudes sind nur zwei Beispiele dafür, wie „großzügig“ die SPD mit Steuergeldern umgegangen ist.

VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

Thesen zur Wiedervereinigung

Der CDU-Landesverband Schleswig-Holstein hat auf einer Klausurtagung in Tremsbüttel, an der außer führenden CDU-Persönlichkeiten des Landes auch andere Repräsentanten des öffentlichen Lebens teilnahmen, Thesen zur Wiedervereinigung erarbeitet, die gegenwärtig endgültig formuliert werden. Die Tagung stand unter der Leitung von Ministerpräsident Dr. Lemke. Landesinnenminister Dr. Schlegelberger und Regierungsdirektor Dr. Hessenauer leiteten die Arbeitskreise, in denen die politischen Wege zur Wiedervereinigung und unsere Verpflichtungen gegenüber den Menschen in der Sowjetzone diskutiert wurden.

Schülerfahrten an die Zonengrenze

Nach einer Mitteilung des CDU-Bundestagsabgeordneten Fritz Baier (Mosbach) hat der Haushaltsausschuß des Bundestages beschlossen, Schülerfahrten an die Zonengrenze künftig ebenso mit Bundesmitteln zu fördern wie Studienfahrten nach Berlin. Es bestehe Einmütigkeit darüber, so erklärte Baier, daß die jungen Menschen an der Zonengrenze ebenso nachhaltige Eindrücke von der deutschen Teilung erhielten wie beim Anblick der Schandmauer. Gemeinsam mit den Ländern will der Bund dafür sorgen, daß im Zonengrenzgebiet geeignete Übernachtungsmöglichkeiten für die Besucher geschaffen werden.

LAG-Bescheide werden überprüft

Nach Inkrafttreten der 17. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz ist damit begonnen worden, alle bisher ergangenen 1,3 Millionen Lastenausgleichsbescheide dahingehend zu überprüfen, ob neue Ansprüche zu erfüllen sind. Zunächst sollen nur die positiv beurteilten Bescheide überprüft werden, auf Antrag ist jedoch bereits auch eine Überprüfung der negativen Bescheide möglich.

Arbeit der Patenschaftsausschüsse

Für eine schnelle Bildung der Patenschaftsausschüsse für Sachsen und Thüringen, die die vom Land Nordrhein-Westfalen übernommenen Patenschaften für diese mitteldeutschen Provinzen in kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht wirksam werden lassen sollen, hat sich der Vorstand des Gesamtverbandes der Sowjetzonenflüchtlinge im größten Bundesland in einem Gespräch mit der CDU-Landtagsfraktion ausgesprochen. Die Flüchtlingsvertreter baten die CDU auch darum, die Landesregierung möge bei der Beratung des Flüchtlingshilfe- sowie des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes im Bundesrat ihren Einfluß geltend machen, um die Gesetze so schnell wie möglich verabschieden zu können.

Das Jahr der Vertriebenen

Landesvorsitzender Josef Stingl: Die Weltöffentlichkeit aufklären

Der Vorsitzende des CDU/CSU-Landesverbandes Oder/Neiße, der Bundestagsabgeordnete Josef Stingl, hat in einer Erklärung dazu aufgerufen, das Jahr 1965 dazu zu nutzen, „auf breiter Basis und mit allen Mitteln der Weltöffentlichkeit das Unrecht der Vertreibung vor Augen zu führen“.

Die Vertriebenen können nach den Worten Stingls in diesem Jahr, in dem der Beginn der Vertreibung aus den Ostgebieten zum zwanzigsten Male wiederkehrt, verhindern helfen, daß dieses Unrecht nachträglich legalisiert werde. Stingl erklärte:

„1965 wird das Jahr der Heimatvertriebenen. In diesem Jahr kehrt zum zwanzigsten Male der Beginn jener unrechtmäßigen und erzwungenen Völkerwanderung wieder, durch die Millionen Deutsche ihrer angestammten Heimat beraubt, in den Tod oder in die Verzeifung getrieben wurden. Die ostdeutschen Menschen, die im freien Teil Deutschlands eine vorläufige Heimat gefunden haben, sind aufgerufen, dieses Jahr dazu zu nutzen, auf breiter Basis und mit allen Mitteln der Weltöffentlichkeit das Unrecht der Vertreibung vor Augen zu führen. Die Vertriebenen können auf diese Weise dazu beitragen, zu verhindern, daß dieses Unrecht nachträglich legalisiert wird.“

Der breiten Öffentlichkeit sollte klargemacht werden, daß die Vertriebenen weder durch politischen Druck noch durch politische Tricks und Winkelzüge zum Verzicht auf ihr Recht veranlaßt

werden können. Die deutsche Rechtsposition muß mit Nachdruck auch unseren westlichen Verbündeten und auch so manchem deutschen Gelehrten immer wieder dargelegt werden. Wir zweifeln nicht daran, daß unsere politischen Partner und Freunde auf dem Boden dieser Rechtsposition stehen.

Mit der gleichen Klarheit muß der Weltöffentlichkeit deutlich gemacht werden, daß die Heimatvertriebenen auch nicht in ihren geheimsten Gedanken den Plan hegen, ihre Rechtsansprüche eines Tages mit Gewalt durchzusetzen, wie es die östliche Propaganda immer wieder behauptet. Das Streben der ostdeutschen Menschen geht ausschließlich dahin, durch eine aktive deutsche Ostpolitik eine friedliche Änderung des jetzigen Zustandes zu erreichen und stellvertretend für alle Menschen zu verhindern, daß es irgendwo auf der Welt wieder zu Vertreibungsaktionen kommt.

Die Vertriebenen sollten sich ganz besonders in diesem Jahr der Aufgaben bewußt sein, die ihnen das Schicksal im Kampf um die Menschenrechte und für die Verteidigung des Heimat- und Selbstbestimmungsrechts zugebracht hat.“

Noch 20000 wollen siedeln

Nordrhein-westfälischer Fünfjahresplan finanziell gesichert

Die Finanzierung des Fünfjahresplans zur Ansiedlung vertriebener und geflüchteter Bauern in Nordrhein-Westfalen ist gesichert. Wie bereits kürzlich berichtet, hat die nordrhein-westfälische Landesregierung vorgesehen, die Eingliederung des vertriebenen und geflüchteten Landvolks auch während der nächsten fünf Jahre fortzusetzen.

Ein entsprechender Plan sieht vor, in der nächsten Zeit mindestens 2200 Bauernfamilien aus Ost- und Mitteldeutschland an Rhein und Ruhr anzusiedeln. Angesichts der übervölkerten Gebiete Nordrhein-Westfalens ist in erster Linie an die Errichtung von Nebenerwerbssiedlungen gedacht. Dieses Ziel kann allerdings nur dann erreicht werden, wenn alle beteiligten Stellen und Organisationen bereit sind, an dieser Aufgabe mitzuarbeiten.

In der Vergangenheit hatten sich gelegentlich Gemeinden des Landes aus planerischen Gründen gegen die Errichtung von Nebenerwerbssiedlungen gewandt. Sie stützten ihre Bedenken auf das Bundesbaugesetz. Um solche Einwände auszuräumen, haben das Sozial-, Bau- und Landwirtschaftsministerium neue Richtlinien erlassen, die die Errichtung von Nebenerwerbssiedlungen erleichtern.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat bisher 26 000 Siedlerstellen mit einer Fläche von 73 000 ha errichtet. Trotzdem muß noch mit weiteren 15 000 bis 20 000 siedlungswilligen Bewerbern gerechnet werden. Die sogenannten

- Siedlereignungsscheine sollen in Nordrhein-Westfalen nur noch dann erteilt werden, wenn sie bis zum 31. Dezember 1965 beantragt werden.

Selbstverständlich sind von dieser Vorschrift alle Personen ausgenommen, die erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1965 in die Bundesrepublik gezogen sind. Weiterhin sollen nach dem 31. Dezember dieses Jahres in Nordrhein-Westfalen alle Siedlungsberechtigten befragt werden, ob sie bereit sind, eine Siedlerstelle anzunehmen. Dadurch hofft man, einen klaren Überblick über den siedlungswürdigen Personenkreis der vertriebenen und geflüchteten Bauern zu erhalten, der auch jetzt noch bereit ist, landwirtschaftlich auf eigenem Grund und Boden tätig zu werden.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Vertretung Anton G. Grütznier, beide Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Postcheck-Konto Köln 193 795, Commerzbank Bonn Nr. 12 493 — Druck: Bonner Universitäts-Buch-

Noch einmal davongekommen

Aber Niedersachsens Justizminister mußte schwere Vorwürfe einstecken

Der niedersächsische Justizminister Arvid von Nottbeck (FDP) ist mit einem „blauen Auge“ aus der für die gesamte SPD/FDP-Landesregierung peinlichen Zech-Nenntwich-Affäre (siehe auch Uid 35, 36, 42, 45 und 47/64) herausgekommen. Allein SPD- und FDP-Stimmen hat er es zu verdanken, daß ein Mißbilligungsantrag der CDU gegen ihn abgelehnt wurde.

von Nottbeck hat jedoch keinen Grund, dieses Abstimmungsergebnis als politischen Sieg zu feiern, vielmehr ist er augenblicklich politisch angeschlagener denn je. Das ist auf seine falsche Reaktion in der Zech-Nenntwich-Affäre und seine Weigerung zurückzuführen, eine Große Anfrage der CDU in dieser mysteriösen Angelegenheit zu beantworten, durch die einander widersprechende Behauptungen von Nottbecks und der Illustrierten „Stern“ geklärt werden sollten.

Der Minister hatte sich im Verlauf der Auseinandersetzungen zu der Erklärung hinreißen lassen, er habe in seiner vierzigjährigen politischen Tätigkeit von Nationalsozialisten und Kommunisten Grobheiten gehört, so wie die CDU habe ihn jedoch noch niemand angegriffen. Was er als Angriff auf seine persönliche Ehre empfand, war tatsächlich nichts weiter als die berechtigte Forderung der CDU, daß das Parlament über alle Punkte dieses Skandals ausführlich unterrichtet werden müsse.

von Nottbeck mußte sich denn auch von der Berichterstatterin des Rechts- und Verfassungsausschusses, einer SPD-Abgeordneten sagen lassen: „Ich habe gründlich darüber nachgedacht und bin zu folgendem Ergebnis gekommen: Wenn mir ein solcher Lapsus linguae passiert wäre, hätte ich ihn sofort mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen. Nationalsozialisten und Kommunisten sind totalitäre Systeme. Keine demokratische Partei, weder die CDU noch die FDP, noch die SPD kann es sich sagen lassen, sie benehme sich schlimmer als die totalitären Parteien“.

Staatsanwalt untersucht

Früherer SPD-Vorsitzender stark belastet

Die Frankfurter Staatsanwaltschaft hat gegen den ehemaligen SPD-Bezirksvorsitzenden und „Beinahe“-Bürgermeister von Frankfurt, Emil Bernt, ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts betrügerischer Handlungen eingeleitet.

In den Ausgaben 43, 44/64 dieses Informationsdienstes wurde berichtet, daß die Frankfurter Öffentlichkeit erhebliche Zweifel an der beruflichen Qualifikation des Oberstudiendirektors und Bürgermeisters aspiranten Emil Bernt hegte, der in der SPD eine große Rolle spielte. Immerhin wäre es für ganz Frankfurt peinlich gewesen, von einem Bürgermeister regiert zu werden, dessen bisherige berufliche Laufbahn einige Knick aufwies. So wurde Emil Bernt vorgeworfen, falsche eidesstattliche Angaben über seine Reifeprüfung und andere Examen gemacht zu haben.

Nach einigen vergeblichen Vertuschungsversuchen hatte dann Bernt auf Grund bohrender Fragen der Frankfurter Presse gegen sich ein Dienststraf-

Im Gegensatz zum Justizminister, der in der Antwort auf eine erste Anfrage der CDU die Haltung seines Ministeriums uneingeschränkt verteidigt hatte, sprach die SPD-Abgeordnete von „vielen Ungeschicklichkeiten“ und auch von „Weltfremdheit“.

Für die CDU-Fraktion stellte deren stellvertretender Vorsitzender, der Abgeordnete Richard Langeheine, abschließend fest: „Wir haben nichts anderes getan, als den Anspruch des Parlaments auf Information in Anspruch zu nehmen“.

„Säuberungsaktion“ in Essen

CDU-Fraktionsvorsitzender Scheve: Keine objektive Personalpolitik

Welch hemmunglose Personalpolitik die SPD dort verfolgt, wo sie, wie in Essen, die absolute Mehrheit besitzt, zeigen die jüngsten personellen Veränderungen in der Essener Stadtverwaltung.

Ein Schulbeispiel für eine parteipolitisch ausgerichtete Personalpolitik lieferte der Essener Oberstadtdirektor Dr. Rewoldt (SPD) mit der überraschenden Versetzung von leitenden Beamten der Stadtverwaltung. Zu den Betroffenen gehörten die der CDU nahestehenden Oberverwaltungsrate Josef Teigelack, Leiter des Essener Personalamtes, und Wilhelm Haneke, Leiter des Amtes für Stadtverfassung und Repräsentation. Beide wurden durch Beamte mit dem SPD-Parteibuch ersetzt.

Teigelack, der als anerkannter Personalfachmann gilt und das Personalamt 19

Drei Landeslisten vollständig

Die drei norddeutschen Landesverbände Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein haben jetzt die Aufstellung der Bundestagskandidaten abgeschlossen. An der Spitze der Landesliste der CDU-Schleswig-Holstein steht Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel (über die Direktkandidaturen hatte Uid bereits in ihrer Ausgabe 49/64 ebenso wie über die Kandidatenwahl in Bremen berichtet). Die weiteren Plätze nehmen ein: die Bundestagsabgeordneten Detlev Struve, Dr. Gerhard Stoltenberg, Will Rasner und Hans Blöcker. Auf Platz 5 folgt die Landtagsabgeordnete Frau Erna Kilkowski. Die weiteren Plätze nehmen u. a. ein: die Bundestagsabgeordneten Hans-Jürgen Klinker und Karl Storm und Vizeadmiral Edward Wegener. Die Landesliste der CDU Hamburg verzeichnet u. a. folgende Namen: die Bundestagsabgeordneten Erik Blumenfeld, Heinrich Gewandt, Frau Irma Blohm und Dietrich Rollmann sowie die Bürgerschaftsabgeordneten Carl Damm und Dr. Klaus Schmid-Burgk.

Jahre zur vollsten Zufriedenheit leitete, war 1938 schon einmal aus politischen und religiösen Gründen aus seinem Amt entfernt worden. Er wurde durch die Versetzungsverfügung Dr. Rewoldts Leiter des Bauverwaltungsamtes II, einer weniger wichtigen Position. Ebenso erging es Haneke, der zum Amt für Zivilen Bevölkerungsschutz abversiert wurde. Er hatte neben seiner Verwaltungsarbeit über 17 Jahre als Protokollchef der Stadt Essen „mit Mut, Geschick und Takt an der Nahtstelle zwischen Rat und Verwaltung“ gewirkt, wie es in einer Erklärung der CDU-Fraktion heißt.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Scheve nannte die Unterwanderung der Essener Stadtverwaltung durch die SPD eine „ungewöhnliche Maßnahme auf dem Personalsektor und einen einmaligen Vorgang“. Zu der ohnehin bedenkliehen SPD-Taktik, in alle freiwerdenden Stellen SPD-Leute einzuschleusen, komme jetzt noch das Verlangen, auch nicht freiwerdende Stellen nach parteipolitischem Kalkül umzubesetzen. Alle Schlüsselstellungen in der Essener Personalamt, dem „empfindlichsten Punkt der Verwaltung“, wo mit offenem Fenster gearbeitet werden müsse, damit „die Dinge glasklar“ seien, würden nunmehr SPD-Mitglieder einnehmen, wie Scheve betonte.

2,5 Millionen Wohnungen

In den letzten Dezembertagen wurde in Nordrhein-Westfalen die 2 1/2 millionste Wohnung nach der Währungsreform fertiggestellt. Bei einem Wohnungsbestand von reichlich 5 100 000 Wohnungen zum Jahresende ist damit fast jede zweite Wohnung in den Aufbaujahren seit 1948 neu errichtet worden.